SSOAR
Open Access Repository
www.ssoar.info

Privatisierung und Gewaltkriminalität: Zu den Hintergründen der Ermordung des Petersburger Privatisierungschefs Michail Manevic

Mögel, Nicola A.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mögel, N. A. (1997). *Privatisierung und Gewaltkriminalität: Zu den Hintergründen der Ermordung des Petersburger Privatisierungschefs Michail Manevic.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 47/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47178

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Nr. 47/1997 22. September 1997

Privatisierung und Gewaltkriminalität

Zu den Hintergründen der Ermordung des Petersburger Privatisierungschefs Michail Maneviè

Zusammenfassung
Am 18. August 1997 wurde der Vizegouverneur von St. Petersburg und Leiter der dortigen Privatisierungsbehörde, Michail Manevič, ermordet. Er war für den erfolgreichen Privatisierungsprozeß in St. Petersburg verantwortlich und gehörte zum engen Kreis der jungen Reformer um den Ersten Vizepremier Anatolij Èubajs. Dieser wertete den Mord an Manevič als Anschlag auf die gesamte russische Reformpolitik.
Manevič wurde allgemein als redlicher, unbestechlicher Privatisierungsfunktionär angesehen. Dennoch kursieren Gerüchte, die ihm Kontakte zur kriminellen "Tambov-Gruppe" nachsagen. Über die Hintergründe und Motive der Tat gibt es verschiedene Spekulationen, aber keine gesicherten Erkenntnisse. Generell erneuerte der Mord die Diskussion in Rußland um die Verflechtung von Teilen der Bürokratie mit dem organisierten Verbrechen. In St. Petersburg könnte sich der Mord negativ auf das gute Investitionsklima der nördlichen Metropole auswirken. Möglicherweise mindert der Anschlag das Vertrauen der Bevölkerung in die Verbrechensbekämpfungspolitik der russischen Regierung noch weiter.

Die Ermordung des Privatisierungschefs

Am Morgen des 18. August 1997 fiel Michail Manevič, der 36jährige Chef der Privatisierungsbehörde von St. Petersburg, auf dem Weg zum Büro einem Todesschützen zum Opfer. Der Darstellung des Leiters der Petersburger Polizei zufolge handelte es sich dabei um einen professionell ausgeführten Auftragsmord.[1] Ein Heckenschütze soll von einem Gebäudedach an einer stark befahrenen Kreuzung des Nevskij Prospekt acht Schüsse auf den Wagen von Manevič abgegeben haben. Drei der Schüsse trafen den Stellvertretenden Bürgermeister, der auf dem Weg ins Krankenhaus starb. Seine Frau, die ebenfalls im Auto saß, kam mit leichten Verletzungen davon. Um den Hintergrund des Mordes ranken sich viele Spekulationen. Sie alle gehen davon aus, daß das Geschehene im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit des Ermordeten steht.

---

1 T. Putrenko, Ubit vice-gubernator Peterburga, in: Literaturnaja gazeta, 20.8.1997, S. 2.

Zur Person von Michail Manevič

Michail Manevič hatte eine starke Position in der St. Petersburger Verwaltung. Schon seit 1992 gehörte er in leitender Stellung dem "Komitee für die Verwaltung des Staatsvermögen" (KUGI) – dem Privatisierungskomitee – an, dessen Leiter er seit 1994 war. Anders als die meisten Mitglieder des früheren Kabinetts von Anatolij Sobčak blieb er nach dem Bürgermeisterwechsel im Sommer 1996 im Amt und behielt die Position des Stellvertretenden Bürgermeisters von St. Petersburg. Er diente Vladimir Jakovlev, dem neuen Gouverneur[2] von St. Petersburg, wie schon dessen Vorgänger als rechte Hand in Privatisierungsfragen.

Von Personen, die ihn näher kannten, wird er als ein Bürokrat beschrieben, der sich über seine Pflicht hinaus für die Privatisierung und wirtschaftliche Modernisierung von St. Petersburg eingesetzt hat.[3] Jakovlev bezeichnete Manevič als Experten für Theorie und Praxis der Privatisierung und unterstrich seine Redlichkeit.[4] Auch andere Politiker, wie z. B. Galina Starovojtova, eine Petersburger Abgeordnete im russischen Parlament, heben Manevičs Ehrlichkeit und seine Unbestechlichkeit hervor.[5]

Manevič hatte in St. Petersburg am Ingenieurswirtschaftlichen Institut studiert und am Finanzwirtschaftlichen Institut, der späteren "St. Petersburger Universität für Wirtschaft und Finanzen", promoviert. Während seines Studiums lernte er den fünf Jahre älteren Anatolij Èubajs kennen, der am Institut als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Seit 1990, nach Abschluß seiner Promotion, arbeitete Manevič als Abteilungsleiter im Komitee für Wirtschaftsreformen, das von Èubajs geleitet wurde. Von da aus wechselte er 1992 in das Privatisierungskomitee. Das damals gegründete Komitee verwaltet das staatliche Vermögen in St. Petersburg und ist für dessen Privatisierung zuständig. Außerdem ist das Komitee besonders seit der weitgehend durchgeführten Privatisierung für die Regulierung der Wertpapieremissionen in St. Petersburg verantwortlich. Verwaltungstechnisch untersteht die Privatisierungsbehörde sowohl dem "Staatlichen Vermögenskomitee" (GKI) in Moskau als auch der Stadtverwaltung von St. Petersburg.

Privatisierung in St. Petersburg

Bei der Privatisierung von früherem Staatsvermögen liegt St. Petersburg unter den russischen Regionen an der Spitze. Die Privatisierungspolitik stellte unter Manevič den Kern der regionalen Wirtschaftspolitik dar. Schon mit der unentgeltlichen, sogenannten Voucher-Privatisierung des Jahres 1994 soll die Mehrheit der Staatsbetriebe privatisiert worden sein. Besonders bei der sogenannten kleinen Privatisierung im Bereich der meisten Handels- und Dienstleistungsunternehmen hatte St. Petersburg als westlich gelegene, touristisch attraktive Metropole einen bedeutenden Vorteil gegenüber weniger begünstigten russischen Regionen und Städten.[6]

Manevič verwaltete das städtische Vermögen und war für dessen Privatisierung zuständig. Als Hauptaufgabe bezeichnete er die Erfassung des staatlichen Vermögens und die Bestimmung des Eigentumsrechts des Staats an diesem Besitz.[7] Manevič leitete darüber hinaus die Anti-Monopol-Kommission und die Kommission für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

Manevič arbeitete eng mit der föderalen Privatisierungsbehörde (GKI) in Moskau zusammen. Am Tag seiner Ermordung wollte Manevič abends Anatolij Èubajs, den Ersten Stellvertretenden

---

2 Der Bürgermeister der Stadt St. Petersburg wird häufig auch als Gouverneur bezeichnet. Da es sich bei St. Petersburg um ein Föderationssubjekt der Russischen Föderation handelt, deren oberste Staatsmänner "Gouverneure" genannt werden, sind beide Bezeichungen zutreffend.

3 C. Freeland, Russian property chief shot dead, in: Financial Times, 19.8.1997, S. 2.

4 N. Shklyar, St. Petersburg privatisation chief assissinated, in: IEWS Russian Regional Report, Vol. 2, No. 27, 21.8. 1997 (Internet Service).

5 Ebenda.

6 Finansovoj komitet mrii Sankt-Peterburga: Gorod Sankt-Peterburg. 1993, St. Petersburg 1993, bes. S. 18.

7 Interview der Autorin mit Michail Maneviè am 26. Juni 1995 in St. Petersburg.

Premierminister und Architekten des russischen Massenprivatisierungsprogramms, in Moskau treffen, unter dessen Ägide die Privatisierungspolitik der frühen 90er Jahre konzipiert worden war. Manevičs Vorstellungen hatten dabei in weiten Teilen die nationale Privatisierungsgesetzgebung mitbestimmt. In einem Interview mit der Autorin im Sommer 1995 unterstrich Manevič ausdrücklich, daß das Petersburger Privatisierungskomitee bei der Durchsetzung seiner Gesetzesinitiativen "recht erfolgreich" sei.[8]

Erfolge konnte Manevič auch bei der Umsetzung der Privatisierungsvorhaben in St. Petersburg selbst erzielen. Die Resultate der Privatisierung entsprachen weitgehend den festgelegten Vorgaben und politischen Intentionen. Manevič war bemüht, die Privatisierung schnell und umfassend durchzuführen. In Petersburg gab es kaum Privatisierungsskandale. Der Prozeß ging zügig voran: 1995 stand St. Petersburg nach dem Gebiet Èeljabinsk und der Stadt Moskau bei der Durchführung der Privatisierung landesweit auf dem dritten Platz.[9] Anders als in den meisten russischen Regionen ist es Investoren in St. Petersburg erlaubt, Grund und Boden zu erwerben und nicht nur dessen Nutzungsrechte. Eine Besonderheit der Privatisierung in St. Petersburg ist auch der Verzicht auf ausformulierte Privatisierungsprogramme. Statt dessen werden Ausführungsbestimmungen für die föderale Gesetzgebung erlassen. Experten interpretieren dies als ein Indiz für den hohen Deckungsgrad mit der föderalen Privatisierungspolitik.[10] Èubajs bezeichnete St. Petersburg denn auch als "den Vorposten der russischen Privatisierung".[11]

Die "Petersburger Mannschaft"

Manevič ist einer der letzten Angehörigen der universitären Arbeitsgruppe um Èubajs, der in St. Petersburg geblieben ist. Die Gruppe umfaßte viele Nachwuchswissenschaftler, die heute führende Reformer Rußlands sind. Manevič hatte das so charakterisiert: "Früher haben wir uns auf der wissenschaftlichen Ebene getroffen, heute sind wir alle Leiter von Staats- oder Wirtschaftsgremien."[12] Aus der früheren Arbeitsgruppe entstand die "Petersburger Mannschaft", die heute wichtige Posten in der russischen Regierung besetzt. Zur Beerdigung von Manevič waren die Mitglieder dieser Gruppe fast vollzählig nach St. Petersburg gekommen.[13]

Èubajs selbst hat die wichtigsten Positionen inne. In Personalunion verbindet er das Amt des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Russischen Föderation mit der Tätigkeit des Finanzministers. Nach der Wiederwahl von Präsident Boris El'cin im Sommer 1996, dessen Wahlkampf Èubajs leitete, wurde er zum Leiter der Präsidialverwaltung ernannt. Im Frühjahr 1997 wechselte er in die Regierung über. Seit seiner Berufung zum höchsten Vertreter von Premierminister Èernomyrdin betreibt er die Durchsetzung tiefergehender Wirtschaftsreformen. Dazu gehören das Steuer- und das Rentensystem wie auch der Wohnungsmarkt und die Streitkräfte. Zugleich beabsichtigt er die "natürlichen Monopole" im Bereich der Gasförderung, der Elektrizität und der Eisenbahn aufzubrechen.

Um seine ehrgeizigen Pläne gegen den Widerstand der Opposition im russischen Parlament verwirklichen zu können, berief Èubajs im Frühjahr 1997 seinen Mitarbeiter aus Universitätstagen, Aleksej Kudrin, zum Ersten Stellvertretenden Finanzminister. Kudrin leitete im Kabinett Sobčak in St. Petersburg bis zum Frühjahr 1996 das Komitee für Wirtschaft und Finanzen. Davor war er Stellvertreter von Èubajs im Komitee für Wirtschaftsreformen. In seinem jetzigen Amt ist er für die russischen

8 Ebenda.
9 S. Nagaev/A. Wörgötter, Regional risk rating in Russia, Wien 1995, S. 39.
10 Vgl.: S. Schwanitz, Die Privatisierung in St. Petersburg und im Sverdlovsker Gebiet, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 5, Köln 1997.
11 S. Sljusarenko, Petersburg bewirbt sich um die Spitze bei der Privatisierung, in: St.Petersburgische Zeitung, 1995, Nr. 4, S. 4.
12 Interview der Autorin mit Michail Maneviè am 26. Juni 1995 in St. Petersburg.
13 Zur Beerdigung kamen Èubajs, Bojko, Kudrin, Dmitrij Vasil'ev, Beljaev und Gajdar. Vgl.: Slain official buried in St. Petersburg, in: RFE/RL Newsline, Vol.1, No. 101, Part 1, 22.8.1997 (Internet Service).

Beziehungen zu allen großen Finanzeinrichtungen, darunter dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, verantwortlich. Er gilt als ein großes Organisationstalent.[14]

Eine weitere wichtige Rolle im Bereich der Finanzpolitik nimmt Dmitrij Vasil'ev ein. Auch er war im Komitee für Wirtschaftsreformen unter Èubajs als Abteilungsleiter tätig. Heute ist er Leiter der Föderalen Wertpapierkommission. Ihm wird die Autorenschaft nahezu aller wichtigen Artikel der russischen Privatisierungsgesetzgebung zugeschrieben.

Bis Mitte August 1997 gehörte Al'fred Koch als Leiter der nationalen Privatisierungsbehörde (GKI) zur Petersburger Mannschaft. Er teilte sich – wie auch der stellvertretende Wirtschaftsminister Sergej Vasil'ev – mit Manevič ein Büro am Finanzwirtschaftlichen Institut in St. Petersburg. Als Mitglied der Regierungskommission für operative Fragen gehörte er einem der höchsten Entscheidungsgremien Rußlands an. In Reaktion auf Vorwürfe, das Finanzinstitut "ONKSIMbank" bei Privatisierungsauktionen bevorzugt zu haben, trat Koch kürzlich zurück. Er hat das Amt des GKI-Leiters im September 1996 von Sergej Beljaev, der seinerseits Vorgesetzter und späterer Vorgänger von Manevič im St. Petersburger Privatisierungskomitee war, übernommen. Beljaev war bis vor kurzem Fraktionsvorsitzender von "Unser Haus Rußland" im russischen Parlament.

Die Nachfolge Kochs im GKI trat der frühere Generaldirektor des Russischen Privatisierungszentrums und spätere stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, Maksim Bojko, an. Auch er stammte wie der Wirtschaftsreformer Egor Gajdar aus dem Umkreis des universitären Arbeitszusammenhangs um Èubajs.

Ein Blick auf die "Petersburger Mannschaft" macht deutlich, daß mit Manevič nicht ein regionaler Amtsleiter ermordet wurde, sondern ein Privatisierungsfachmann von landesweiter Bedeutung, der zum Kreis der Reformer um Vizepremier Čubajs zählte. Diese Einschätzung wird durch die ersten Reaktionen von Èubajs bestätigt. Dieser zeigte sich über den Mord erschüttert[15] und wertete ihn als einen Versuch von Verbrechern, die Regierungsanstrengungen, Gesetz und Ordnung in Rußland zu verankern, zu vereiteln. Er kündigte an, ungeachtet des herrschenden Gangstertums und der Anarchie die Position der Reformmannschaft nicht zu ändern und im Gegenteil sogar noch strenger vorzugehen.[16]

Wer steckt hinter dem Mord?

Über die Hintergründe des Anschlags wird bislang nur spekuliert. Die meisten Äußerungen gehen von der völligen Unschuld Manevičs aus, nur eine Version geht von einer kriminellen Verstrickung aus.

Unter anderem wird verbreitet, Manevič sei als Warnung ermordet worden, um die Umsetzung von Privatisierungvorhaben zu verhindern. In den Zusammenhang mit der anstehenden Privatisierung von städtischen Beteiligungen am Petersburger Hafen wurde bereits der Mordanschlag auf den Direktor des Leningrader Flußhafens, Evgenij Chochlov, der Ende Juli verübt wurde, gestellt. Eine andere Version stellt einen Zusammenhang mit der Privatisierung der St. Petersburger Hotels her. Die Behörde von Manevič hat nämlich in den letzten Wochen alle Mietverträge von städtischen Immobilien aufgelöst, weil diese oft zu viel zu niedrigen – damit für die Stadt nicht rentablen – Preisen abgeschlossen worden waren.[17]

Die enge Verbindung von Manevič und Èubajs ist weithin bekannt. Möglicherweise besteht daher auch eine Verbindung zwischen dem mächtigen, im Juli von Èubajs wegen Unfähigkeit entlassenen Leiter des regionalen Energieversorgers von St. Petersburg und dem Mord an Manevič. Denkbar wäre auch, daß Kreise des organisierten Verbrechens befürchteten, daß Manevič ihre Verbindungen

14 Otdel politike: Putešestvie iz Peterburga v Moskvu, in: Moskovskie Novosti, Nr. 40, 1996, S. 6-7.
15 Vize-Bürgermeister von St. Petersburg erschossen, in: Handelsblatt, 19.8.1997, S. 8.
16 C. Freeland, Russian property chief shot dead, in: Financial Times, 19.8.1997, S. 2.
17 Der St. Petersburger Vizegouverneur ernordet, in: Neue Zürcher Zeitung, 19.8.1997, S. 18.

zu städtischen Beamten aufdecken könnte. Denn kürzlich kamen in St. Petersburg einige Korruptionssfälle ans Licht, die zur Verhaftung einzelner Beamten führten.

Der Leiter der föderalen Privatisierungsbehörde, Maksim Bojko, wiederum glaubt, daß die Ermordung im Milieu des organisierten Verbrechens geplant wurde, um zu verhindern, daß die Ausschreibungen und Auktionen von zu privatisierenden Objekten gerecht durchgeführt werden. Unter diesen Bedingungen sieht er Manevič als ein "Opfer der Privatisierung"[18]. Als erste Folge auf die Ermordung von Manevič wurde in das Privatisierungsprogramm für 1998 der Passus aufgenommen, daß Privatisierungsbeamte mehr sozialen Schutz und Absicherung genießen werden.

Schließlich gibt es Vermutungen, Manevič habe Kontakte zu der St. Petersburger Verbrechergruppe "Tambov" gehabt. Das besagen Gerüchte und nicht überprüfbare Quellen der Polizei von St. Petersburg.[19] Von vielen Beobachtern wird der "Tambov-Gruppe" jedoch der Mord aufgrund der Vorgehensweise der Täter nicht zugetraut.[20]

Fazit

Generell erneuerte der Mord die Diskussion über die Verflechtung von Teilen der Bürokratie mit dem organisierten Verbrechen.

Für St. Petersburg bedroht der Mord das mühsam errungene Image einer für Finanzgeschäfte sicheren Stadt. Das Investitionsrisiko für St. Petersburg galt 1995 im regionalen Vergleich als sehr gering. Die Stadt lag in einer rußlandweiten Risikobewertung auf dem zweiten Platz hinter Moskau.[21] Die Risikobewertung spielt bei Wertpapiergeschäften eine große Rolle. In diesem Sommer verkaufte die Petersburger Stadtverwaltung unter der Leitung des Privatisierungskomitees öffentliche Schuldverschreibungen, sogenannte Eurobonds. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Vergabe von Eurobonds gelten als relativ streng,[22] doch von entscheidender Bedeutung für die Bewertung der Bonds ist das Vertrauen der möglichen Kapitalanleger. Ist der Punkt des nicht mehr abschätzbaren Risikos für die meisten Anleger erreicht, verzichten diese zunehmend auf den Kauf und die Anleihe sinkt im Wert. Bislang genossen die St. Petersburger Eurobonds in der internationalen Finanzwelt einen guten Ruf.[23]

Manevič hat durch seine erfolgreiche Arbeit in der Privatisierungsbehörde hohes Ansehen gewonnen. Aber da Privatisierung lukrative Geschäfte verspricht, riskieren es Privatisierungsfunktionäre, in wirtschaftliche Verteilungskämpfe hineinzugeraten, in denen in Rußland noch immer das Faustrecht herrscht. Es ist ungeklärt, ob Manevič getötet wurde, weil er bestechlich war oder gerade, weil er sich nicht bestechen ließ, wie es seine Bekannten vermuten. Die Durchführung der Tat deutet darauf hin, daß die Täter gezielt Manevič ins Visier genommen haben.

Letztendlich ist für Außenstehende nicht zu beurteilen, weshalb Manevič ermordet wurde. Mit ihm wurde ein Politiker Opfer eines tödlichen Anschlags, der sowohl für St. Petersburg als auch für die Regierung in Moskau von Bedeutung war. Die Täter konnten sich also der breiten Aufmerksamkeit der russischen und internationalen Öffentlichkeit gewiß sein. Aufgrund des nicht klar zu erkennenden Motivs kann es ihnen jedoch nicht um ein bestimmtes politisches Ziel gegangen sein. Vielmehr scheint eine Warnung von seiten des organisierten Verbrechens beziehungsweise des kriminalisierten Arms der Geschäftswelt an die Regierungen in St. Petersburg und in Moskau dahinterzustehen.

---

18 Izvestija, 26.8.1997
19 Kommersant Daily, 19.8.1997.
20 Kommersant Daily, 28.8.1997.
21 S. Nagaev/A. Wörgötter, Regional risk rating in Russia, Wien 1995, S. 87.
22 E. Luce, Russia municipal bond plans cheered by Moscow success, in: Financial Times, 2.6.1997, S. 9.
23 J. Thornhill, Pitfalls in the paperchase: Foreign investors are snapping up Russian bonds although the bonanza raises fears of a credit crunch, in: Financial Times, 1.7.1997, S. 2.

Der Erste Vizepremier Èubajs sieht den Mord an seinem engen Vertrauten und langjährigen Mitarbeiter denn auch als Mahnung an, die Reformpolitik der Regierung voranzutreiben. Die begonnenen Maßnahmen gegen den Wildwuchs des russischen Kapitalismus richten sich natürlich auch gegen das organisierte Verbrechen. Èubajs gab indessen zu verstehen, daß er die Warnung vernommen habe, doch jetzt erst recht den eingeschlagenen Kurs aufrechterhalten werde. "Als Antwort auf ihre Tat", so wird Èubajs in der britischen Financial Times zitiert, "werden wir sogar noch entschlossener vorgehen."[24]

Nicola A. Mögel

Die Autorin ist freie Mitarbeiterin des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

[24] C. Freeland, Russian property chief shot dead, in: Financial Times, 19.8.1997, S. 2.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: http://www.uni-koeln.de/extern/biost

ISSN 0945-4071